

Positionen der privaten Banken zu den Auswirkungen des Coronavirus - Erforderliche Unterstützungsmaßnahmen

Stand: 10. März 2020

Wir, die Mitgliedsinstitute des Bankenverbands, sehen es als unsere Pflicht und Aufgabe an, in dieser Krise – die weder von der deutschen Wirtschaft noch von den privaten Haushalten verschuldet ist – verlässlich an der Seite unserer Kunden zu stehen und deren Liquidität-, Bargeld- und Kreditversorgung zu sichern. Hierfür brauchen wir Unterstützung und enge Zusammenarbeit mit Aufsichtsbehörden, Politik und Realwirtschaft.

Ausgangslage

Neben den gesundheitlichen Auswirkungen durch die sich weiter beschleunigende Ausbreitung des Coronavirus rücken nun auch die wirtschaftlichen Folgen in den Mittelpunkt der politischen Diskussion. Die negativen Auswirkungen zeigen sich schon jetzt in weiten Bereichen. Die Industrie leidet zunehmend unter dem Einbruch ihrer nationalen und internationalen Produktions- und Lieferketten. Die operative Stabilität in den Unternehmenszentralen gerät durch krankheits- oder quarantänebedingte Engpässe immer stärker unter Druck. Gastronomie-, Hotellerie- und Reise-Gewerbe verzeichnen einen spürbaren Buchungsrückgang. Die Luftfahrtbranche reagiert aktuell mit erheblichen Kürzungen des Flugangebots. Aber auch die privaten Haushalte stellen sich verstärkt auf Einschränkungen im Alltag ein, Großveranstaltungen werden abgesagt und es finden erste Hamsterkäufe statt.

In der Folge ist damit zu rechnen, dass es erhebliche Störungen in den Unternehmen und im gesamten Wirtschaftskreislauf geben wird. Diese könnten dazu führen, dass die durch Banken bereitgestellten Liquiditätslinien von den Unternehmen voll gezogen werden, sich zugleich aber auch Zahlungsrückstände deutlich erhöhen. Das führt dazu, dass Banken umgehend Kreditbewertungen anpassen müssen und sich Kundenratings ändern. Dies führt zu einer Einschränkung der Kreditvergabefähigkeit der Banken. Parallel dazu ist – ebenso wie bei den Unternehmen – auch bei den privaten Haushalten mit einem steigenden Liquiditätsbedarf zu rechnen.

Ökonomisch betrachtet ist die aktuelle Situation ein „externer Schock“. Sie stellt nach unserer festen Überzeugung eine Ausnahmesituation dar, die zwar zeitlich befristet ist, deren genaue Dauer sich allerdings noch nicht abschätzen lässt. Die aktuellen Nachfrage- und Produktionsausfälle sind nicht auf wirtschaftliche Fehlentwicklungen zurückzuführen, die entsprechende Korrekturen und wirtschaftliche Anpassungsprozesse zur Folge haben müssten. Aus diesem Grund ist es gegenwärtig das wirtschaftspolitische Gebot der Stunde, Kettenreaktionen bzw. Zweitrundeneffekte im Wirtschaftsprozess zu vermeiden. Die Wirtschaftspolitik sollte alles daransetzen, dass temporäre Produktionsausfälle nicht zu Arbeitslosigkeit führen und Liquiditätsprobleme der Unternehmen oder vorübergehende Zahlungsschwierigkeiten von Kreditnehmern nicht den Konkurs von Firmen bzw. Zahlungsausfälle auslösen. Diese Ansteckungsketten, in Folge derer aus einem schwerwiegenden, temporären Phänomen eine nachhaltige Wirtschaftsabkühlung wird, müssen und können von der Wirtschaftspolitik durchbrochen werden.

1. Schutz der Kapitalisierung der Banken

- Der nach der Finanzkrise neu entwickelte Regulierungsrahmen stärkt zwar die Stabilität der Banken. Im aktuellen Krisenfall wirkt er sich aber prozyklisch und damit krisenverschärfend aus.
- Die geltenden regulatorischen und bilanziellen Anforderungen drohen in der aktuellen Krisensituation negativ auf die Banken und ihre Kunden durchzuschlagen und zu erheblichen Kapitalbelastungen zu führen. Zum einen durch die zu erwartenden Rating-Downgrades bei gleichzeitig steigenden Inanspruchnahmen; zum anderen durch die geltenden Bilanzierungsvorgaben, die sich negativ auf Wertberichtigungen und die Kapitalausstattung auswirken (IFRS 9; Forbearance- und NPE-Regeln).
- Deshalb bedarf es jetzt sehr schnell wirksamer, kapitalentlastender Maßnahmen von Seiten der deutschen und der europäischen Aufsicht. Den Banken muss es aufsichtlich erleichtert werden, ihre Kunden zu unterstützen (z. B. durch Anpassungen bei den vorgesehenen Kapitalpuffern, der aufsichtlich induzierten Risikoaufschläge sowie hinsichtlich der Regeln für Forbearance und NPE).
- Darüber hinaus könnte die Produktions-, Nachfrage- und Finanzierungsseite zusätzlich gestärkt werden, indem bei fortgesetzten wirtschaftlichen Auswirkungen Instrumente wie öffentliche Bürgschaften oder Risikoübernahmen bzw. temporäre Zahlungshilfen bereitgestellt werden. Konkret wäre der 3-Stufenplan des Bundeswirtschaftsministeriums wie folgt anzupassen:
 - Umfassende Ausweitung der Haftungsfreistellung (z.B. auf 80%) und des Kreditnehmerspektrums (vgl. das KfW-Sonderprogramm in 2009).
 - Absenkung der Eintrittshürden durch niedrigere Bonitäts- und Besicherungsanforderungen sowie kostenlose Sondertilgungsrechte.
 - Ausweitung von Bürgschaftsprogrammen sowie Tilgungsstreckungshilfen.
 - Gewährung von Umschuldungen im Rahmen bestehender Förderprogramme.Bund und Länder sind gefordert, ihre Förderinstrumente schnellstmöglich anzupassen und aus Praktikabilitätsgründen auf das bestehende Förderinstrumentarium aufzusetzen.

2. Sicherstellung der Liquidität

- Das deutsche Bankensystem ist aktuell u.a. durch den umfassenden Aufbau von Liquiditätspuffern und eine hohe Überschussliquidität komfortabel mit Liquidität ausgestattet. Auch im gesamten Euroraum beläuft sich die Überschussliquidität der Banken auf rund 1,8 Bio. €. Den deutschen Banken muss es regulatorisch ermöglicht werden, die bestehende Überschussliquidität ihren Kunden zur Verfügung zu stellen.
- Mit Blick auf den gesamten Euroraum sollte die Europäische Zentralbank gleichwohl – zur Stärkung des Marktvertrauens und um sich nicht in die Gefahr von möglichen regionalen Engpässen zu begeben – mit sehr günstigen Konditionen für neue Langfristtender dafür sorgen, dass Zentralbankliquidität in der Währungsunion weiterhin im ausreichenden Umfang bereitsteht.

3. Gewährleistung der operativen Stabilität

- Banken werden wie alle anderen Unternehmen auch von Quarantänemaßnahmen betroffen sein. Trotz aller Vorbereitung (Ersatzrechenzentren, Splitten der Belegschaften) bleiben erhebliche Herausforderungen, die notwendige operative Funktionalität aufrecht zu erhalten, da für viele Tätigkeiten grundsätzlich Home-Office-Regelungen verboten sind. Hier ist eine befristete Lockerung der bestehenden Regeln erforderlich.

4. Arbeitsmarkt und Konjunktur

- Um etwaige Entlassungen im Zuge der Krise zu verhindern, wird die Bundesregierung die geltenden Kurzarbeiterregelungen auf die aktuelle Situation anpassen. Die Änderung soll im April 2020 wirksam werden. Wichtig ist nun aber auch bei der Umsetzung, dass Arbeitnehmer und Unternehmen das Kurzarbeitergeld sehr schnell, umfassend, einfach und kostenneutral nutzen können. Da es sich bei der Epidemie um eine außergewöhnliche Situation handelt, die außerhalb der Kontrolle der einzelnen Mitgliedstaaten der EU liegt, wäre zu prüfen, ob und in welchem Umfang solche Lohnzahlungshilfen für die gesamte EU gemeinschaftlich finanziert werden können.
- Neben den unmittelbaren Maßnahmen sollten für ein klassisches Konjunkturprogramm, das den privaten Konsum und die Investitionen fördert, alle Vorbereitungen getroffen werden. Die privaten Banken in Deutschland unterstützen in diesem Zusammenhang alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die sowohl die gesamtwirtschaftliche Nachfrage als auch die Produktion stützen. Ein klassisches Konjunkturprogramm sollte rasch angekündigt werden und starten, sobald die Unsicherheit über die Epidemieentwicklung etwas nachlässt.

5. Zinsumfeld

- Eine Leitzinssenkung der EZB würde auf dem gegenwärtigen Zinsniveau im Euroraum keine positiven realwirtschaftlichen Effekte mehr haben. Die Risiken und Nebenwirkungen, insbesondere die Sonderbelastung des Bankensektors aber auch für die Sparer, würden nochmal deutlich zunehmen. Sollte sich die EZB dennoch entschließen, den Einlagesatz weiter zu senken, dann müsste im gleichen Zuge die Überschussliquidität im europäischen Bankensektor durch Nachsteuerungen beim Staffelnzins möglichst umfassend vom Negativzins befreit werden. Die Banken im Euroraum werden gerade jetzt jeden Euro ihrer Erträge benötigen, um die Eigenkapitalbasis und damit ihre Kreditvergabe Kapazität zu stützen.